

## Niederschrift

### 04. Sitzung des Kreistages

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 07.12.2023
<b>Sitzungsbeginn</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende</b>	20:38 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Aula des BBZ Bad Segeberg, Theodor-Strom-Str. 9-11, Bad Segeberg

#### Anwesende:

Herr Jörg Buthmann Kreispräsident  
Frau Cordula Schultz 1. stv. Kreispräsidentin  
Herr Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken 2. stellv. Kreis-  
präsident  
Herr Torsten Kowitz 1. stellv. Landrat  
Herr Kurt Barkowsky  
Frau Susanne Bernitt  
Herr Thorsten Borchers  
Herr Sven-Hilmer Brauer  
Frau Simone Brocks  
Herr Joachim Brunkhorst  
Herr René Bülow  
Frau Annelie Eick  
Frau Annette Glage  
Frau Angelika Hahn-Fricke  
Herr Jonas Hövermann  
Frau Anja Jung  
Herr Christian Leder  
Herr Matthias Malassa  
Frau Constanze Rode  
Frau Monika Saggau  
Frau Regina Spörel  
Frau Darja Suhrbier  
Herr Thomas Volkland  
Frau Doris Vorpahl  
Herr Benno Weidler  
Herr Till Wenzel  
Herr Reinhard Wundram ab 17:40  
Herr Martin Ahrens 2. stellv. Landrat

Herr Holger Pohlmann  
 Frau Silke Brandt  
 Frau Manuela Brendel  
 Frau Diane Brüggemann  
 Herr Torben Dwinger bis 18:00  
 Frau Melanie Klein  
 Herr Jan Ole Notzeblum  
 Herr Dirk Wehrmann  
 Herr Arne Hansen  
 Frau Denise Kreissl  
 Frau Meike Lüdemann  
 Herr Fabian Osbahr  
 Frau Sabine Prohn  
 Herr Raimund Schulz  
 Frau Katja Wetzel  
 Herr Julian Flak  
 Herr Peter Burstedde ab 17:50  
 Frau Samantha-Josephine Flak  
 Herr Felix Frahm ab 17:43  
 Herr Anton Jeschke  
 Herr Jörg Nobis  
 Herr Sven Wendorf  
 Herr Klaus-Joachim Scheunert  
 Herr Alexander-Georg Rackow  
 Herr Rafal Rydz ab 18:00  
 Frau Conny Schneider  
 Herr Oliver Weber  
 Herr Rainer Schuchardt  
 Frau Brigitte Osterloh  
 Herr Thomas Thedens  
 Herr Hermann Geschäftsführer WKS  
 Herr Folta Kreisfeuerwehr  
 Herr Nero Kreiswehrführer  
 Herr Landrat Schröder  
 Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung  
 Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen  
 Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr,  
 Verbraucherschutz  
 Frau Terschüren FBL Jugend und Bildung  
 Frau McGregor FDL Finanzen  
 Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung  
 Herr Hartung Finanzen  
 Frau Dr. Künzel Kulturentwicklungsplanerin

Frau Grunow Gremien, Kommunikation, Controlling

Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Herr Nils Böttger	-
Herr Julius Gippe	-
Herr Alexander Wagner	-
Herr Jens Wersig	-
Herr Erik Wassermann	-
Herr Andre Wisse	-
Herr Miro Berbig	-
Herr Gerald Kühl	-
Herr Niels Reimers	-
Frau Christine Schmid Kreissenorenbeirat	-

**Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Verleihung des Kunst- und Kulturpreises und des Förderpreises des Kreises Segeberg
- 2 Einwohnerfragestunde I
- 3 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien
- 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.10.2023
- 5 Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Kreiswehrführers  
Vorlage: DrS/2023/174
- 5.1 Ernennung des stellvertretenden Kreiswehrführers durch den Landrat
- 6 Richtlinie des Kreises Segeberg zur Gewährung von Beförderungsbeihilfen behinderter Menschen  
Vorlage: DrS/2023/124
- 6.1 Richtlinie des Kreises Segeberg zur Gewährung von Beförderungsbeihilfen behinderter Menschen  
Vorlage: DrS/2023/124-01
- 7 Anpassung des Projektes "Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Segeberg"  
Vorlage: DrS/2023/183

- 8 Antrag auf Förderung der Sozialkaufhäuser in Bad Segeberg und Bad Bramstedt  
Vorlage: DrS/2023/192
- 8.1 Antrag auf Förderung der Sozialkaufhäuser in Bad Segeberg und Bad Bramstedt  
Vorlage: DrS/2023/192-01
- 8.2 Antrag auf Förderung der Sozialkaufhäuser in Bad Segeberg und Bad Bramstedt  
Vorlage: DrS/2023/192-02
- 9 Zuschussantrag des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) in Bad Segeberg für 2024  
Vorlage: DrS/2023/200
- 10 Obdachlosenhilfe Norderstedt  
Antrag der Diakonie Hamburg-West/Südholstein zur Finanzierung einer Hilfeplanung  
Vorlage: DrS/2023/135
- 11 Heldenherzen  
Vorlage: DrS/2023/160
- 12 Finanzierung des Projektes "Zukunft 1-2-3" der Tausendfüßler-Stiftung  
Vorlage: DrS/2023/235
- 13 Antrag auf Beendigung der Schulträgerschaft Schule am Kastanienweg  
Vorlage: DrS/2023/231
- 13.1 Änderungsantrag zur Schule am Kastanienweg  
Vorlage: DrS/2023/231-01
- 14 Finanzbudget zur Ausgestaltung besonderer Förderbedarfe im schulischen Kontext  
Vorlage: DrS/2023/238
- 15 Fortsetzung Produktionsschule 2024-2027  
Vorlage: DrS/2023/229
- 16 Richtlinie des MSGJFS des Landes S.-H. zur Förderung von familienunterstützenden Maßnahmen für Geflüchtete - "Aktionsprogramm familienunterstützende Maßnahmen für Geflüchtete"  
Vorlage: DrS/2023/241
- 17 Sportförderung im Kreis Segeberg : Richtlinien des Kreises Segeberg zur finanziellen Förderung des Baues und der Verbesserung von Sportstätten sowie zur Anschaffung von Sportgeräten  
Vorlage: DrS/2023/171

- 18 Neufassung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes des Kreises Segeberg  
Vorlage: DrS/2020/246-4
- 19 Sanierung der Kreissporthalle  
Vorlage: DrS/2021/099-03
- 20 Kenntnisnahme und Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2024 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst (ZSR) AöR  
Vorlage: DrS/2023/172
- 21 Wirtschaftsplan 2024 WKS GmbH  
Vorlage: DrS/2023/225
- 22 Gründung ARGE Binnenlandtourismus SH, hier: Eintritt der WKS GmbH  
Vorlage: DrS/2023/236
- 23 Antrag auf Verstetigung der Partnerschaftspflege als hauptamtliche Aufgabe  
Vorlage: DrS/2023/254
- 24 Antrag der CDU-Fraktion zu Wärme-/ Energieversorgung im Kreis Segeberg.  
Vorlage: DrS/2023/237
- 25 Antrag der SPD-Fraktion und B 90/Die Grünen zur Klimaschutzleitstelle  
Vorlage: DrS/2023/242
- 26 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen zur Einrichtung eines Projektfonds "Kulturelle Bildung" für die Schulen im Kreis Segeberg  
Vorlage: DrS/2023/249
- 27 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2024
- 27.1 Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in den Fachbereichen L, I, II und IV im Haushaltsjahr 2022  
Vorlage: DrS/2023/184
- 27.2 Jahresabschluss 2022 des Kreises Segeberg  
Vorlage: DrS/2023/175
- 27.3 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2023  
Vorlage: DrS/2023/250
- 27.4 Aufteilung des Eigenkapitals 2022 des Kreises Segeberg auf allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage gemäß § 60 Abs. 3 GemHVO SH mit Wirkung zum 01.01.2024
- 27.5 Stellenplan für den Haushalt 2024 inkl. Stellenmehrbedarf  
Vorlage: DrS/2023/243

- 27.6 Ergebnis- und Finanzplan
- 27.7 Haushaltssatzung 2024
- 28 Aktuelle Fragezeit
- 29 Einwohnerfragestunde II

**(nichtöffentlich)**

- 30 Bestellung eines Prüfers  
Vorlage: DrS/2023/247
- 31 Abschluss eines Rahmenvertrags über die Lieferung von digitalen Schultafeln an drei Förderzentren im Kreis Segeberg  
Vorlage: DrS/2023/246

**(öffentlich)**

- 32 Nachgereichte Vorlagen / Anträge
- 33 Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf eine Förderrichtlinie zur Demokratiestärkung  
Vorlage: DrS/2023/255
- 34 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

**Protokoll:**

Der Kreispräsident eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Herr Sandbrink begrüßt die Kreistagsabgeordneten und hält eine kurze Rede.

Herr Buthmann gedenkt dem verstorbenen Herrn Riemenschneider und es wird eine Schweigeminute für Herrn Riemenschneider gehalten.

Herr Buthmann gratuliert zur Freiherr von Stein Medaille Frau Wiebke Bock, Herrn Bernhard Dwenger und Herrn Peter Kroll. Er bedankt sich bei allen Politiker\*innen, die bei „Jugend im Kreistag“ mitgewirkt haben. Dort seien viele Anträge erarbeitet worden, die in die Ausschüsse kommen würden. An der nächsten KT-Sitzung würden die Kreispräsidentin und der Kreispräsident von „Jugend im Kreistag“ teilnehmen.

Herr Buthmann kündigt die Änderungen der Tagesordnung an. TOP 23 solle gestrichen werden, da noch Klärungsbedarf bestehe. TOP 27.4 könne gestrichen werden, da eine Abstimmung nicht möglich sei. TOP 33 solle als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung.

Der Dringlichkeitsantrag wird mit Gegenstimmen der AfD und Freien Wähler mehrheitlich angenommen.

Der TOP 33 solle nach dem TOP 26 beraten werden. Es gebe zwei nichtöffentliche TOPs, die öffentlich abgestimmt werden sollen, wenn es keinen Diskussionsbedarf gebe. Es müsse TOP 34 „Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse“ in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

**(öffentlich)**

### **zu 1 Verleihung des Kunst- und Kulturpreises und des Förderpreises des Kreises Segeberg**

Herr Buthmann erklärt, dass es 16 Vorschläge gegeben habe. Elf für den Kunst- und Kulturpreis und fünf für den Förderpreis. Die Nachwuchskünstler seien zwischen 15 und 25 Jahre alt.

Er verleiht die Preise. Den Hauptförderpreis erhält Nora Korn aus Groß Rönnau mit einem Preisgeld in Höhe von 2.500 €. Die Schulklasse der Schule am Hasenstieg in Norderstedt erhält den Förderpreis mit einem Preisgeld in Höhe von 500 €. Der Kunst- und Kulturpreis des Kreises Segeberg geht an Frau Beate Jeske aus Weede und an Frau Anna Germelmann aus Norderstedt. Die beiden Gewinnerinnen teilen sich das Preisgeld in Höhe von 3.000 €.

Herr Buthmann gibt bekannt, dass eine Ausstellung der Kunstwerke der Gewinner\*innen vom 15. bis 17. Mai 2024 in der Remise in Bad Segeberg stattfindet.

### **zu 2 Einwohnerfragestunde I**

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

### **zu 3 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	10			<b>10</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	5			<b>5</b>
FDP	4			<b>4</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>55</b>			<b>55</b>

#### **zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.10.2023**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

#### **zu 5 Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Kreiswehrführers Vorlage: DrS/2023/174**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

##### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, der Wahl von Herrn André Folta zum stellvertretenden Kreiswehrführer zuzustimmen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	10			<b>10</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	6			<b>6</b>
FDP	4			<b>4</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>56</b>			<b>56</b>

#### **zu 5.1 Ernennung des stellvertretenden Kreiswehrführers durch den Landrat**

Herr Landrat Schröder ernennt Herrn Folta zum stellvertretenden Kreiswehrführer und verabschiedet Herrn Dahlke.

#### **zu 6 Richtlinie des Kreises Segeberg zur Gewährung von Beförderungsbihilfen behinderter Menschen Vorlage: DrS/2023/124**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

##### **Beschluss:**

Es wird beschlossen, die Richtlinie des Kreises Segeberg zur Gewährung von Beförderungsbihilfen behinderter Menschen mit Ablauf des Jahres 2023 außer Kraft zu setzen.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	10			<b>10</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	4			<b>4</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

### **zu 6.1 Richtlinie des Kreises Segeberg zur Gewährung von Beförderungsbihilfen behinderter Menschen Vorlage: DrS/2023/124-01**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

#### **Beschluss:**

Für Beschluss siehe TOP 6.

### **zu 7 Anpassung des Projektes "Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Segeberg" Vorlage: DrS/2023/183**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung wird beauftragt:

- 1.) Durchführung einer Fortbildungsveranstaltung, die Ärzt\*innen in Weiterbildung, Quereinsteiger\*innen und Wechsler\*innen aus der Klinik den Weg in die Niederlassung aufzeigen soll.
- 2.) Präsentation des Weiterbildungsverbundes auf dem Kongress „Operation Karriere“ in Hamburg am 05.07.24 zur Steigerung des Bekanntheitsgrades
- 3.) Präsentation des Weiterbildungsverbundes bei der Veranstaltung „Zeit für neue Ärzt\*innen“ in Hamburg am zur Steigerung des Bekanntheitsgrades
- 4.) Etablierung einer Willkommenskultur mit persönlicher Übergabe eines Willkommenspakets
- 5.) Anschaffung des Online-Tools zur Weiterbildung der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin zur Weiterbildung mit leitliniengerechten Fachwissen und zur Vorbereitung auf die Facharztprüfung

- 6.) Förderung des elektronischen Heilberufsausweises für bis zu 30 Ärzt\*innen in Weiterbildung
- 7.) Ausrichten von 2 Fortbildungsveranstaltungen mit Fachvorträgen für alle Praxen des Verbundes sowie alle interessierten Praxen der Region. Neben den Fortbildungsinhalten soll der Weiterbildungsverbund mit seinen Vorteilen präsentiert werden
- 8.) Der Social-Media Auftritt des Weiterbildungsverbundes wird weiter ausgebaut. Dazu wird neben dem WKS auch der Kreis Segeberg zusätzlich mit einem Social-Media-Manager\*in die Sichtbarkeit der Gesundheitskampagne erhöhen
- 9.) Darstellung des Praxis-Ists und Koordinierung und Unterstützung bei der Nachbesetzung von Hausarztpraxen als zentraler Ansprechpartner in der ÄG Nord
- 10.)

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	10			<b>10</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	4			<b>4</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

### **zu 8     Antrag auf Förderung der Sozialkaufhäuser in Bad Segeberg und Bad Bramstedt Vorlage: DrS/2023/192**

Frau Lüdemann hebt hervor, dass beide Sozialkaufhäuser in nicht unerheblicher Höhe Müllgebühren an den WZV zahlen würden. In einigen anderen Kreisen seien die Sozialkaufhäuser hiervon befreit. Im Kreis Segeberg zahle Hempels keine Müllgebühren, die dies eine Tochter des städtischen Betriebsamtes sei. Die BQOH habe den WZV vergeblich gebeten, die Sozialkaufhäuser von den Müllgebühren zu befreien. Es könnte im UNK darüber gesprochen werden, ob eine Kooperation zwischen dem WZV und den Sozialkaufhäusern in Betracht gezogen werden könne. Sie stelle einen Antrag in ihrer Gemeinde und der Bürgermeister werde es in die Versammlung tragen. So könne eine nachhaltige Lösung gefunden werden, die Sozialkaufhäuser zu entlasten.

Frau Vorpahl bestärkt den Vorschlag von Frau Lüdemann. Die Sozialkaufhäuser müssten erstmal auf feste Beine gestellt werden, weshalb die Sondersitzung des

Sozialausschusses stattgefunden habe. Die Grünen, SPD und CDU hätten einen Antrag geschrieben, der die Sozialkaufhäuser zwingt, die 90.000 € aufzubringen, um 60.000 € zu erhalten.

Herr Wehrmann freut sich, dass die Sozialkaufhäuser an beiden Standorten so viel Beachtung und Wertschätzung erhalten hätten. Es könne nur beeinflusst werden, was der Kreis ihnen zahle. Der Kreis stelle 21.000 € freiwillig zur Verfügung. Die Diskussion im Sozialausschuss habe gezeigt, dass die Sozialkaufhäuser einen wichtigen Beitrag leisten. Die Städte Bad Bramstedt, Bad Segeberg und das Amt Bad Bramstedt-Land hätten sich zusammengeschlossen. Das Amt Traveland habe ebenfalls einen Beschluss auf den Weg gebracht. Er danke für die parteiübergreifende Zusammenarbeit bei diesem Thema.

Herr Scheunert erklärt, dass es seitens der FDP volle Unterstützung für den Antrag gebe.

### **Beschluss:**

Für Beschluss siehe TOP 8.1.

### **zu 8.1 Antrag auf Förderung der Sozialkaufhäuser in Bad Segeberg und Bad Bramstedt Vorlage: DrS/2023/192-01**

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt:

- a) Der Diakonie Altholstein als Träger des Sozialkaufhauses Bad Bramstedt wird ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 60.000,00 € als freiwillige Leistung für 2024 gewährt, wenn sie bis Ende Dezember nachweist, dass die übrigen Mittel (90.000€) vorhanden sind, um das Defizit für das Übergangsjahr 2024 auszugleichen. In der Sozialausschusssitzung am 27.06.2024 ist über die finanzielle Entwicklung des Sozialkaufhauses zu berichten.
- b) Der BQOH als Träger des Sozialkaufhauses Bad Segeberg wird ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 60.000,00 € als freiwillige Leistung für 2024 gewährt, wenn sie bis Ende Dezember nachweist, dass die übrigen Mittel (90.000,00€) vorhanden sind, um das Defizit für das Übergangsjahr 2024 auszugleichen. In der Sozialausschusssitzung am 27.06.2024 ist über die finanzielle Entwicklung des Sozialkaufhauses zu berichten.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

### **zu 8.2 Antrag auf Förderung der Sozialkaufhäuser in Bad Segeberg und Bad Bramstedt Vorlage: DrS/2023/192-02**

Für Beschluss siehe TOP 8.1.

### **zu 9 Zuschussantrag des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) in Bad Segeberg für 2024 Vorlage: DrS/2023/200**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, dass der Kreis Segeberg die Migrationserstberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH im Jahr 2024 mit bis zu 10% der förderfähigen Kosten, maximal 9.000,00€ unterstützt.

Da es sich um neue freiwillige Leistungen des Kreises handelt, erfolgt die Beschlussfassung unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsabschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2024.

Über die Verwendung der Mittel ist ein Verwendungsnachweis vorzulegen, der aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis besteht.

## **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD		7		<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>7</b>		<b>57</b>

### **zu 10 Obdachlosenhilfe Norderstedt Antrag der Diakonie Hamburg-West/Südholstein zur Finanzierung einer Hilfeplanung Vorlage: DrS/2023/135**

Frau Vorpahl erklärt, dass es sich um § 68 SGB XII handele. Es seien Menschen, die aus eigener Kraft nicht ins Leben zurückkommen. Es sei Kreissache und daher bitte sie um Zustimmung.

#### **Beschluss:**

Der Diakonie Hamburg-West/Südholstein wird zur Einführung und Durchführung eines Hilfesystems für die Bewohner\*innen der städtischen Obdach- und Wohnungsloseneinrichtungen der Stadt Norderstedt für das Jahr 2024 ein Zuschuss in Höhe von 47.700 € bewilligt.

Die Bewilligung erfolgt unter der Voraussetzung, dass der Kreistag die Mittel im Rahmen des Haushaltsbeschlusses zur Verfügung stellt.

Die Diakonie wird gebeten, in der ersten Sitzung nach den Sommerferien 2024 über die Maßnahme zu berichten.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 11 Heldenherzen**  
**Vorlage: DrS/2023/160**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet die Verstetigung des Kooperations-Projektes und stimmt dem Mitteleinsatz in Höhe von 187.500 € im Jahr 2024 und 250.000 € im Jahr 2025 aus dem Fachbereich V zu.

Da es sich um eine freiwillige Leistung handelt, für die bisher kein politischer Beschluss vorliegt, erfolgt die Beschlussfassung unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Kreistagsbeschluss zum Haushaltsplan 2024.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 12 Finanzierung des Projektes "Zukunft 1-2-3" der Tausendfüßler-Stiftung**  
**Vorlage: DrS/2023/235**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Verstetigung des Projektes „Zukunft 1-2-3“ ab dem Jahr 2024 mit bis zu 25.000 Euro aus Kreismitteln. Die Verwaltung wird gebeten, die Gelder dafür ab 2024 im Haushalt weiterhin zu berücksichtigen.

Die Ansätze unterliegen aufgrund der Freiwilligkeit der Aufgabe dem Finanzierungsvorbehalt im Haushaltjahr 2024.

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt formell die Fortsetzung des Projektes in 2023 und beauftragt die Verwaltung, dem Träger die bislang ausgelegten Mittel in einer Höhe von maximal 25.000 Euro zu erstatten.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

### **zu 13 Antrag auf Beendigung der Schulträgerschaft Schule am Kastanienweg Vorlage: DrS/2023/231**

Herr Pohlmann erklärt, dass es eine ausführliche und auch emotionale Diskussion JHA und BKS gegeben habe. Die Presse habe dies sehr ausführlich dargestellt, aber nicht immer, wie er es sich gewünscht hätte. In den Ausschüssen habe es einen Meinungs austausch gegeben und die Meinungen hätten sich verändert. Der markante Unterschied sei, dass der JHA der Vorlage der Verwaltung nicht zugestimmt habe bei zehn Enthaltungen, weil es noch Informationsbedarf gegeben habe. Im BKS habe es dann eine Präsentation gegeben, die offene Fragen beantwortet habe. Daraufhin habe es eine neue Beschlussformulierung gegeben. Beim Land werde beantragt, die Schulträgerschaft Mitte des nächsten Jahres abzugeben. Die SPD werde jedoch gegen den ersten Punkt stimmen, da sie dagegen seien, Dinge zu versprechen, die nicht eingehalten werden könnten.

Herr Brunkhorst erklärt, dass der Kreis Segeberg sich nicht aus der Verantwortung ziehen dürfe, unabhängig davon, was mit dem Gebäude passiere. Eine angemessene Beschulung müsse gesichert werden. Die Kreisverwaltung verfolge das gleiche Ziel und investiere viel Arbeitskraft für dieses Thema. Sie lege einen Antrag vor, der die Auflösung mit der NGD vorsehe und die Suche nach Lösungswegen zusage. Dieser sei jedoch nicht ausreichend und daher gebe es den Änderungsantrag der CDU, SPD, B 90/Die Grünen und der Freien Wähler. Die NGD werde das Gebäude anderweitig nutzen. Mit der Kündigung finde eine Rückübertragung der Schulträgerschaft auf den Kreis Segeberg statt. Zunächst müsse dann die Schule weiterbetrieben werden. Der Landrat solle die Beendigung der Schulträgerschaft beim Ministerium beantragen. Dies sei eine Änderung gegenüber der Vorlage der Verwaltung. Es solle zusätzlich auf den Landkreistag eingewirkt werden, um eine gemeinsame Positionierung zu erlangen. Die Verantwortung als Vertreter\*innen der Bürger\*innen für eine erfolgreiche Beschulung werde ernst genommen.

Herr Thedens erklärt, dass sich die Freien Wähler der CDU anschließen. Es gehe in dem Änderungsantrag darum, dass der Landrat Gespräche mit der NGD führen solle. Die NGD habe die Aufgabe der Schulträgerschaft nicht oder nur teilweise erfüllt. Der Kreis habe dem keine Beachtung geschenkt.

Herr Rydz freue sich, dass die meisten einer Meinung seien. Es sei traurig, dass das

Thema so gelöst werden müsse, weil es Zeitdruck gebe. Er habe den Gesprächen mit dem Bildungsministerium und der Verwaltung entnommen, dass Anerkennung da sein und eine Lösung gesucht werde, die dem bisherigen Konzept entgegenkomme und im Kreis getragen werden könne. Die FDP werde sich bei Punkt drei des Beschlusses enthalten, da sie der Meinung sei, dass die Schulträgerschaft erlösche, wenn die Schule gekündigt werde. Außerdem würden sie eine Kündigung zum 31.12.2024 bevorzugen, um mehr Zeit zu haben.

Herr Osbahr ergänzt, dass die derzeitigen Schüler\*innen zusammen an einem Ort ihren Abschluss machen könnten. Eines der zentralen Anliegen sei, das geschützte Umfeld zu halten. Dass von Landesseite keine Unterstützung komme, sei natürlich ein Problem. Man solle über die Parteigrenzen hinweg jedoch versichern, Maßnahmen zu schaffen, so dass die Kinder nach den Tip-Maßnahmen nicht aus dem System fallen.

Herr Flak schließt sich den Aussagen von Herrn Rydz an. Bei Schulbetrieb sei aber eine Kündigung zum Ende des Jahres ungünstig. Es müssten in wenigen Wochen eine Lösung gefunden werden, die allen zusage. Mit dem Änderungsantrag werde versucht, das Schlimmste zu vermeiden. Es müssten nicht nur die aktuellen Schüler\*innen berücksichtigt werden, sondern auch die 300 Schüler\*innen im Kreis die Förderbedarf hätten. Es werde lediglich eine Notlösung beschlossen, es brauche jedoch weitere Möglichkeiten für die Schüler\*innen, die in der Regelbeschulung durch das Netz fallen. Es sei eine Landesaufgabe eine Schule nach diesem Konzept zu schaffen und nicht nur Inklusion. Es werde keine Inklusion in den Regelschulbetrieb, sondern eine maßgeschneiderte Lösung benötigt. Die AfD unterstütze alle Maßnahmen, die über den Landkreistag gingen, werde sich aber bei Punkt drei enthalten. Es sei keine Lösung nur auf Kreisebene in der begrenzten Zeit möglich.

### **Beschluss:**

Für Beschluss siehe TOP 13.1.

### **zu 13.1 Änderungsantrag zur Schule am Kastanienweg Vorlage: DrS/2023/231-01**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

### **Beschluss:**

Die Fraktionen der CDU, B90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler beantragen, die Drucksache DrS/2023/231 „Antrag auf Beendigung der Schulträgerschaft Schule am Kastanienweg“ in geänderter Form zu beschließen:

1. Der Landrat wird beauftragt, eine einvernehmliche Vertragslösung mit der NGD und die damit verbundene Rückübertragung der alleinigen Schulträgerschaft für die „Schule am Kastanienweg“ an den Kreis zum 31.07.2024 zu vereinbaren, wobei zu prüfen ist, ob eine weitere Nutzung des Gebäudes am Kastanienweg 4 bis zum Ende des Schuljahres 2024/2025 oder darüber hinaus ermöglicht werden kann oder eine anderweitig geeignete Räumlichkeit durch die Verwaltung gefunden wird.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD		9		<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>48</b>	<b>9</b>		<b>57</b>

2. Der Kreis wird beauftragt, gemeinsam mit dem Schulamt ein Konzept zur Übergangslösung zur Beendigung des Förderzentrums zu erarbeiten, die eine Beschulung der ab dem Schuljahr 2024/2025 verbleibenden Schülerschaft sicherstellt und dem bereits hoch belasteten System der Regelschulen Rechnung trägt. Das gemeinsame Konzept für eine Übergangslösung ist im ersten Quartal 2024 den zuständigen Ausschüssen BKS und JHA vorzulegen. In dieser Übergangslösung soll eine Beschulung an einem gemeinsamen Ort umgesetzt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

3. Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Kreistag, die Auflösung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Diakonischen Werk (jetzt NGD) und dem Kreis Segeberg vom 26.10.1983 über die Übernahme der Schulträgerschaft der Schule für Erziehungshilfe in Bad Segeberg, Kastanienweg, zu beschließen und die Beendigung der alleinigen Schulträgerschaft des Kreises Segeberg zum Ende des Schuljahres 2023/2024 beim MBWFK durch den Landrat zu beantragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD			7	<b>7</b>
FDP			5	<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>45</b>		<b>12</b>	<b>57</b>

4. Für die Schülerinnen und Schüler mit besonderen Förderbedarfen im schulischen Kontext, insbesondere mit emotionalem und sozialem Förderbedarf, entwickeln Kreis und Schulamt in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung ein tragfähiges Konzept für die kooperative Erziehungshilfe im Kreis Segeberg in den folgenden Schuljahren und legt es dem BKS und dem JHA im 3. Quartal 2024 als Entwurf vor.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

5. Der Kreis wird beauftragt, über den Landkreistag auf eine gemeinsame Positionierung der Kreise in dieser Sache hinzuwirken mit dem Ziel, auf dieser Ebene an das Land heranzutreten, um eine sachgerechte pädagogische und finanzielle Lösung anzustreben.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

### **zu 14 Finanzbudget zur Ausgestaltung besonderer Förderbedarfe im schulischen Kontext Vorlage: DrS/2023/238**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, das im Haushalt 2024 eingestellte Finanzbudget zur Ausgestaltung besonderer Förderbedarfe im schulischen Kontext von 853.000€, um den Betrag von 160.000€ für Mehrbedarf im Bereich bestehender Maßnahmen zu erhöhen.

Die durch Neuanmeldungen für die „Übergangslösung Kastanienweg“ sowie die Erweiterung der Jugendberufshilfe vorgesehenen 837.000€ sind mit einem Haushaltsperrvermerk zu versehen und bedürfen der Freigabe durch den Jugendhilfeausschuss.

Diese, nicht in der Haushaltsanmeldung 24 bereits berücksichtigten Beträge, sind auf die Änderungsliste zu setzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 15 Fortsetzung Produktionsschule 2024-2027**  
**Vorlage: DrS/2023/229**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Fortsetzung der Produktionsschule Segeberg bis zum 30.06.2027.

Im Haushaltsjahr 2024 sind 80.000 € für die Produktionsschulen enthalten, daraus ergibt sich ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von ca. 15.300 € die noch nicht im Haushalt 2024 enthalten sind und über die Änderungsliste eingeworben werden müssen. Für die Jahre 2025 und 2026 werden demnach je ca. 95.225,76 € und im Jahr 2027 Haushaltsmittel von ca. 47.612,88 € für die jeweiligen Haushalte eingeworben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 16 Richtlinie des MSGJFS des Landes S.-H. zur Förderung von familienunterstützenden Maßnahmen für Geflüchtete - "Aktionsprogramm familienunterstützende Maßnahmen für Geflüchtete"**  
**Vorlage: DrS/2023/241**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschluss:**

Unter Voraussetzung der Fortsetzung der Richtlinie des MSGJFS des Landes S.-H. zur Förderung von familienunterstützenden Maßnahmen für Geflüchtete – „Aktionsprogramm familienunterstützende Maßnahmen für Geflüchtete“ beschließt der Kreistag, die Verwaltung damit zu beauftragen, die Landesmittel aus dem Aktionsprogramm zu beantragen und bedarfsorientiert einzusetzen.

Für das Jahr 2024 sollen entsprechend 10 % der Fördersumme als Eigenanteil laut Verteilerschlüssel des Landes S.-H. bereitgestellt werden.

Die erforderlichen Mittel werden nur bei Verfügbarkeit der Fördersumme verwendet und aus dem bestehenden Budget durch Minderausgaben an anderer Stelle bereitgestellt.

Die Einwerbung zusätzlicher Haushaltsmittel über die Änderungsliste ist insoweit nicht erforderlich.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD		7		<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>7</b>		<b>57</b>

### **zu 17 Sportförderung im Kreis Segeberg : Richtlinien des Kreises Segeberg zur finanziellen Förderung des Baues und der Verbesserung von Sportstätten sowie zur Anschaffung von Sportgeräten Vorlage: DrS/2023/171**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Richtlinien des Kreises Segeberg zur finanziellen Förderung des Baues und der Verbesserung von Sportstätten sowie zur Anschaffung von Sportgeräten gemäß Richtlinienentwurf entsprechend der Synopse der Anlage 4 zu der Beschlussvorlage DrS/2023/171. Der Förderung von Defibrillatoren wird nicht zugestimmt. Diesbezügliche Formulierungen sind aus dem Entwurf zu streichen. Die neuen Richtlinien treten zum 01.01.2024 in Kraft und ersetzen die seit dem 01.01.2018 geltenden Richtlinien.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 18 Neufassung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes des Kreises  
Segeberg  
Vorlage: DrS/2020/246-4**

Herr Hansen bittet als Vorsitzender des UNK um Zustimmung. Das Thema sei in der Klimakonferenz erneut sehr deutlich adressiert worden. Die Kippunkte seien benannt worden. Man habe noch zwei Jahre und neun Monate Zeit, um die Punkte aus dem Pariser Abkommen zu erreichen. Ein gemeinsam erarbeitetes Lösungsmodell sei natürlich begrenzt und man könne als Kreis nicht die Welt retten. Der Kreis als Vorreiter sei eine wichtige Sache, aber auch als planende und regulierende Instanz wichtig. Man müsse die Menschen dafür begeistern, dass es auch positive Kippunkte gebe. Daher würde er sich über eine Zustimmung zu dem Konzept freuen. Herr Nobis erwidert, dass klirrend kalte Winter in Deutschland der Vergangenheit gehören würden. Dieses Jahr sehe man, dass dies nicht stimme. Der Klimawandel werde für alles als Erklärung genommen. Extreme Ereignisse wie Sturmfluten, Starkregen, Trockenphasen etc. würden immer mit dem Klimawandel begründet werden. Er führt die inhaltlichen Fehler des Konzeptes auf, um die Energiewende durchzudrücken. Auf dieser Basis würden weitere Stellen entstehen sollen. Nun würden mehr Stellen in einer Verwaltung mit defizitärem Haushalt gefordert. Die AfD werde nicht zustimmen.

Herr Schuchardt erklärt, dass die Notwendigkeit, dem Klimaschutz Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, allgemein anerkannt sei. Dies zeige auch die Abstimmung in den Ausschüssen. Nun gehe es an die Umsetzung. Die Freien Wähler hoffen auf eine mehrheitliche Zustimmung, da sich sonst alle Gemeinden und Ämter selbst auf den Weg machen müssten.

Herr Scheunert meint, dass Herr Nobis falsch liege, wenn man an unrichtigen Teilen eines Gutachtens, die gesamte Sorge vieler Menschen nicht ernst nehme. Man müsse die Menschen mitnehmen. Wenn die AfD den Begriff solidarisch nicht möge, weil es ein linker Begriff sei, dann könne man es nach Kant ausdrücken.

Herr Flak erwidert, dass die AfD solidarisch sei und es auch mit denen sein wolle, die die Strompreise bezahlen. Solidarität sei wichtig und Solidarität mit Bürgern des Landes. Er fragt, was erreicht werden könne, wenn heute der Beschluss gefasst wird.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt das neue Integrierte Klimaschutzkonzept gemäß vorliegendem überarbeiteten Entwurf und dessen Umsetzung. Das dafür eingeplante jährliche Grundbudget in Höhe von 100.000 € steht unter Vorbehalt des Haushaltsbeschlusses am 07.12.2023.

Für die Unterstützung der Städte, Ämter und Gemeinden sowie der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger im Klimaschutz ab 2025 ist in 2024 eine Förderrichtlinie zu erarbeiten und mit einem Vorschlag zur finanziellen Ausstattung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich angenommen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD		7		<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				<b>-</b>
<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>7</b>		<b>57</b>

### **zu 19 Sanierung der Kreissporthalle Vorlage: DrS/2021/099-03**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 4.090.000 EUR, die Gesamtinvestition beträgt somit 14.390.000 EUR, verteilt auf die Haushaltsjahre 2021 - 2026.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Stufe 2 der Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen. Die Ausführungen der Bauleistungen einschließlich zugehöriger Planungsleistungen werden bei Vorliegen des Kostenvoranschlags /-anschlags (Stufe 3) zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	8			<b>8</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				<b>-</b>
<b>Gesamt</b>	<b>56</b>			<b>56</b>

**zu 20 Kenntnisnahme und Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2024 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst (ZSR) AöR**  
**Vorlage: DrS/2023/172**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschluss:**

Der Kreis Segeberg nimmt den Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts (ZSR AöR) zur Kenntnis und stimmt diesem zu.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 21 Wirtschaftsplan 2024 WKS GmbH**  
**Vorlage: DrS/2023/225**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Dem in der Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2024 der WKS GmbH wird auf Empfehlung des Aufsichtsrates vom 01.11.2023 zugestimmt.
2. Der WKS GmbH wird auf Empfehlung des Aufsichtsrates vom 01.11.2023 gem. beiliegendem Wirtschaftsplan für 2024 eine Verlust-Ausgleichszahlung in Höhe von maximal 1.231.100,- € gewährt.

Der Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit der Zustimmung zu einem entsprechenden Gesellschafterbeschluss der WKS beauftragt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

### **zu 22 Gründung ARGE Binnenlandtourismus SH, hier: Eintritt der WKS GmbH Vorlage: DrS/2023/236**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag

1. stimmt dem Eintritt der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH (WKS) in die ARGE Binnenlandtourismus SH zu.
2. entsendet die Geschäftsführung der WKS als Vertreter/in in die Mitgliederversammlung der ARGE Binnenlandtourismus SH.
3. beauftragt Herrn Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter mit der Zustimmung zu einem entsprechenden Beschluss in einer Gesellschafterversammlung der WKS GmbH zu Nr. 1 und 2.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 23 Antrag auf Verstetigung der Partnerschaftspflege als hauptamtliche Aufgabe**  
**Vorlage: DrS/2023/254**

Gestrichen

**zu 24 Antrag der CDU-Fraktion zu Wärme-/ Energieversorgung im Kreis Segeberg.**  
**Vorlage: DrS/2023/237**

Herr Wenzel erklärt, dass zum Schutz von Umwelt und Klima, die Wärmeversorgung zentral klimaneutral werden müsse. Die Planung des Wärme- und Kältenetzes sei nicht unumgänglich. Im Kreis gebe es kein einheitliches Vorgehen. Die ehrenamtlichen Politiker sollten handeln. Mit dem Antrag werde ein einheitliches Vorgehen bezweckt. Eine Infoveranstaltung sollte ein erster Schritt sein. Die CDU werde für den Antrag stimmen.

Herr Hansen ergänzt, dass die Zustimmung sehr wichtig sei, da sich schon die Städte und einige Ämter selbstständig auf den Weg gemacht hätten. Dies solle nicht angezweifelt werden, allerdings brauche es einen geographischen Ansatz und nicht die Verwaltungsgrenzen. Er verstehe so den CDU-Antrag und stimme diesem daher zu.

**Beschluss:**

Die CDU-Fraktion beantragt:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Städte- und Gemeindetag mit dem Ziel zu führen, ein gemeinsames Verfahren/Planung von Wärme-Kältenetzen zu entwickeln.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, im I. Quartal 2024 eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema „Zukünftige Wärme-/Energieversorgung im Kreis Segeberg“ durchzuführen. Die regionalen Versorgungsunternehmen (Gas, Strom, Nah- und Fernwärme) sollen gebeten werden, dem Kreis, Städten und Gemeinden ihre Zukunftsvision sowie ihre bereits vorhandenen Pläne zur Wärme-/Energieversorgung im Kreis Segeberg vorzustellen. Ziel soll es sein, alle Möglichkeiten der Wärme- und Stromerzeugung aus regenerativen Energien optimal zur Versorgung zu nutzen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich angenommen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	5		1	<b>6</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				<b>-</b>
<b>Gesamt</b>	<b>55</b>		1	<b>56</b>

### **zu 25 Antrag der SPD-Fraktion und B 90/Die Grünen zur Klimaschutzleitstelle Vorlage: DrS/2023/242**

Herr Hansen erklärt, dass eine weitere Stelle für die Klimafolgenanpassung beantragt werde. Die Verwaltung habe dies aus haushalterischer Vorsicht nicht getan. So sollen nicht nur 1,5 neue Stellen, sondern 2,5 geschaffen werden. Ein neuer Anlauf sei wichtig. Er plädiert, in sich zu gehen und bittet um Unterstützung des Antrags.

Herr Ahrens betont, dass die Zeit laufe und die Stelle nun jedes Jahr beantragt werde, da irgendwann die Dringlichkeit erkannt werde. Die Menschen in Schleswig-Holstein seien die glücklichsten und zufriedensten in Deutschland.

Herr Kowitz erklärt, dass die CDU dem Antrag nicht zustimmen werde, auch wenn sie dem IKK zugestimmt habe. Es sei für den Kreis nicht sinnstiftend und eine Einzelmaßnahme.

Herr Nobis stellt dar, dass aus einer Stelle nun 3,5 Stellen werden sollen. Man brauche mehr Stellen in der Wertschöpfung, dem produzierenden Gewerbe, als in der Verwaltung.

Herr Schuchardt ergänzt, dass Stellenforderungen seitens der Politik kritisch seien. Die Politik verfüge nicht über die Expertise zu beurteilen, welcher Personalaufwand nötig sei, um Aufgaben zu erfüllen. Die Ablauf- und Aufbauorganisation solle der Verwaltung überlassen werden. Die Freien Wähler würden den Antrag daher ablehnen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Aufnahme einer weiteren Managementstelle für die Klimafolgenanpassung (100%) gem. Klimaschutzkonzept des Kreises (DrS/2020/246-4). Die Stelle wird mit einem Sperrvermerk versehen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU		25		<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD		7		<b>7</b>
FDP		5		<b>5</b>
Freie Wähler		3		<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>40</b>		<b>57</b>

### **zu 26 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen zur Einrichtung eines Projektfonds "Kulturelle Bildung" für die Schulen im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2023/249**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

### **Beschluss:**

Die Entscheidung über die Einrichtung eines Projektfonds wird im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung erfolgen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich angenommen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	6		1	<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>56</b>		<b>1</b>	<b>57</b>

### **zu 32 Nachgereichte Vorlagen / Anträge**

### **zu 33 Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf eine Förderrichtlinie zur Demokratiestärkung Vorlage: DrS/2023/255**

Herr Wendorf erklärt, dass es wichtig sei, das Demokratieverständnis bei jungen Menschen zu wecken. Der Betrieb des Projektes „Jugend im Kreistag“ sei seit vielen Jahren erfolgreich. Es sei kritisch, wofür 20.000 € zur Verfügung gestellt werden sollten, weil die Mandatsträger politischer Parteien ihren eigenen Organisationen Steuergelder zukommen lassen wollen. Dies könne bei vielen Bürgern die Akzep-

tanz der Demokratie schmälern. Angesichts der wirtschaftlich angespannten Lage werde der Antrag abgelehnt.

Herr Notzeblum erläutert, dass der Antrag dem Sinn der Bundesregierung entsprechend eingereicht worden sei. Im VPJ seien sich lange Gedanken gemacht worden. Die Projekte des VPJ würden auf Landesebene angenommen. Auch Menschen von der AfD würden dort gerne mitmachen. Auf Kreisebene könne das Projekt besser koordiniert werden. Herr Wendorf habe auch an „Jugend im Kreistag“ teilgenommen und gemerkt, dass der Wissensstand an den Gymnasien ein anderer sei als an den Gemeinschaftsschulen. Er bittet daher um Zustimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

Die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen eine Förderrichtlinie zur Demokratiestärkung.

Zusatz Dringlichkeit für den Hauptausschuss: Die u.a. Summe wird mit Sperrvermerk in den Haushalt 2024 eingestellt. Die Freigabe soll nach Beratung und Zustimmung durch die Fachausschüsse erfolgen.

„Gemeinsam für Demokratie“

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und der Jugendhilfeausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt:

1. Ab 2024 werden 20.000 € für die Arbeit des VPJ Kreis Segeberg in den Kreishaushalt eingestellt. Dabei sollen die Finanzmittel nach der Satzung des VPJ zwischen den Mitgliederverbänden und der allgemeinen Arbeit des VPJ aufgeteilt werden. Maßnahmen, finanziert aus den Mitteln der allgemeinen Arbeit des VPJ Kreis Segeberg sollen mindestens 30 Tage vor Beginn der Kreisverwaltung mitgeteilt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftrag eine entsprechende Zuwendungsrichtlinie zu erstellen und der Politik zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Im Kalenderjahr 2024 sollen Projekte von weiterführenden Schulen (inkl. der BBZs) gefördert werden, die sich mit dem Schwerpunkt der politischen Bildung beschäftigen. Pro Schule werden hierfür 2.500 € zur Verfügung gestellt. In welcher Klassenstufe und in welchem Rahmen dieses durchgeführt wird, ist der jeweiligen Schule überlassen. Es finden grundsätzlich die „Richtlinien für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg“ Anwendung. Abweichend vom § 3.1. wird jedoch kein Mindestbetrag festgelegt, sowie die Förderquote gemäß § 3.3 auf 90 % erhöht. Die Kreisverwaltung hat im Jahr 2025 über die geförderten Projekte zu berichten.

## **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich angenommen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD		7		<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>7</b>		<b>57</b>

*Pause von 19:23 bis 19:36*

### **zu 27 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2024**

Herr Landrat Schröder erklärt, dass vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung weltweit nicht klar sei, was auf den Kreis Segeberg zukomme. Alle Prognosen seien von hoher Unsicherheit geprägt. Der Haushalt sei intensiv in den Fachausschüssen beraten worden. Es sei jedoch bei weitem nicht gelungen, einen Ausgleich zu erreichen. Es gebe Erträge in Höhe von 544 Mio. €, aber diese würden nicht die Aufwendungen decken. Im Ergebnis gebe es nach den Vorberatungen einen Fehlbetrag in Höhe von 18,51 Mio. €. Die Einnahmen würden sinken. Der Kreis wolle die kreisangehörigen Gemeinden nicht zusätzlich belasten und verzichte daher auf eine Anpassung des Kreisumlagesatzes. Es seien mehr restriktive Personalzuwächse zu verzeichnen. Die Steigerung der Personalkosten betrage ungefähr 5,5 %. Dies entspreche planerisch genau dem Tarifergebnis vom Frühjahr. Es gebe einen Stellenzuwachs in Höhe von 15 Stellen netto. Diese seien unabdingbar, um die Verwaltung in die Zukunft zu führen und die Leistungen erbringen zu können. Der Kreis schaffe es weitestgehend seinen Stellen zu besetzen, da es weiterhin attraktiv sei, beim Kreis Segeberg zu arbeiten. Auch bei der schwierigen Situation der Schließung des Fleisch- und Hygieneamtes habe der Kreis gute Bewertungen über seinen Umgang mit den gekündigten Mitarbeiter\*innen erhalten. Die höchsten Kosten seien jedoch nicht im Personalbereich oder dem freiwilligen Bereich. Der Zuschussbedarf der Sozialhilfe betrage 207 Mio. €. Die seien ca. 37 % des Kreishaushaltes. Im Bereich der Jugend- und Familienhilfe seien es 172 Mio. €. Somit würden sich knapp 2/3 des Haushaltes in diesen beiden Bereichen bewegen. Es sei bedenklich, dass der Finanzplan mit einem Defizit von knapp vier Mio. € nicht ausgeglichen werden könne. Alle investiven Maßnahmen müssten daher über Kredite finanziert werden. Das habe es noch nicht gegeben. Die Investitionen, die getätigt werden sollen, handeln sich zu ca. 50 % um Investitionen bei Dritten. Eigene Baumaßnahmen seien z.B. die Sanierung der Kreissporthalle und der Neubau des Parkhauses für die Kreisverwaltung. Im Jahr 2023 sei mehr für den Tiefbau ausgegeben worden, als geplant gewesen sei. Dies sei eine sehr gute Leistung und eine Fortsetzung im Jahr 2024 sei das Ziel. Es werde eine Kreditermächtigung von 69,9 Mio. € benötigt. Dies bedeute eine Neuverschuldung von 45,8 Mio. €. Wenn der Haushalt so beschlossen werde, dann würde der größte Fehlbetrag seit Einführung der Doppik beschlossen werden und seit langer Zeit wieder ein negativer Haushalt. Der Schul-

denstand des Kreises gehe auf ein Maß hinaus, bei dem sich alle zusammen die Fragen stellen müssten, wie es weitergehen solle. Deshalb werde er sich im nächsten Jahr mit der Politik sehr frühzeitig über die Fragen unterhalten, wie den finanziellen Herausforderungen begegnet werden solle, um die Zukunftsgestaltung und Haushaltszwänge in Einklang zu bringen und nicht in die Handlungsunfähigkeit zu geraten. Er wünsche sich einen guten gemeinsamen Weg im nächsten Jahr. Die Verwaltung werde ihren Beitrag dafür leisten. Es sei ein schwieriger Haushalt, der so beschlossen werden möge, wie er besprochen wurde.

Herr Kowitz lobt die Aula und freue sich, wenn eine Mehrfachfunktion dieser hinbekommen werde. Man sehe hier, dass der Einsparbeschluss von 12 Mio. € für den Sitzungspavillon richtig gewesen sei. Die Verknüpfung zu den Haushaltberatungen sei hier, dass gerade im Gebäudemanagement eingespart werden müsse. Es sei schön, wenn Herr Sandbrink mehr Aufträge beim Gebäudemanagement bekomme und dafür der Kreistag in der Aula abgehalten werden könne. Das Ehrenamt müsse wieder das vollenden, das das Hauptamt nicht hinbekomme oder ihren Pflichten nicht nachgekommen sei. Beim Thema der Schule am Kastanienweg bedankt er sich bei den Fraktionen B 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und den Freien Wähler. Diese seien aktiv um Lösungen bemüht gewesen. Die Hilferufe seien lauter geworden, da auch Inklusion ihre Grenzen habe. Er könne die Position der SPD-Fraktion im BKS nicht nachvollziehen. Sie seien im Nachgang nicht an einer gemeinsamen Lösung interessiert gewesen. Er wolle hervorheben, dass die Menschen wichtiger seien als Schlagzeilen und der Wahlkampf. Mit der kommunalen Wärmeplanung werde jedoch das priorisiert, was den Gemeinden fehle. Das ungeordnete und planlose Regieren der Bundesregierung sorge für soziale Kälte und habe verheerende Auswirkungen auf die kommunale Familie. Der Kreishaushalt sei bei einem Defizit von fast 20 Mio €. SPD, Grüne und FDP sollen Druck in Richtung der Bundesregierung machen. Die Kreisverwaltung könne die Defizite nicht kompensieren. Daher werde der Einschätzung von Herrn Landrat Schröder zugestimmt, dass dieser Haushalt beschlossen werden müsse. Große Teile der Verwaltung würden täglich einen guten Job machen und dafür bedanke er sich herzlich. Dennoch würden sie von Bürger\*innen und Verbänden immer wieder angesprochen mit Klagen über den Umgang mit der Kreisverwaltung. Jede/r Verwaltungsmitarbeiter\*in stehe im Dienst der Bürger\*innen des Kreises. Manchmal könne jedoch der Eindruck gewonnen werden, dass der Dienstleistungsgedanke noch nicht in allen Abteilungen angekommen sei. Die CDU werde dem Haushalt und dem Stellenplan zustimmen.

Herr Ahrens erklärt, dass die guten Jahre mit dem vorliegenden genehmigungspflichtigen defizitären Haushalt vorbei seien. Es werde eine finanzpolitische Zeitenwende eingeläutet. Die sei jedoch kein Grund zur Panik oder Ängste zu schüren, da der Kreis gut aufgestellt und vorbereitet sei. Die guten Jahre habe Herr Dieck 2012 eingeläutet. Mit seiner finanzpolitischen Expertise habe er 2012 die erste Senkung der Kreisumlage initiiert und umgesetzt. Der damals neue Landrat Schröder habe den ersten ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Dies habe eine gewisse Euphorie in den Fraktionen hervorgerufen. In den folgenden Jahren habe Landrat Schröder neue Strukturen geschaffen, Potentiale aktiviert, neue Kompetenzen rausgeholt und eingesetzt und damit neuen Spielraum geschaffen, mit dem viel gemacht werden könne. In den Jahren wurde viel investiert in Bildung, Kultur, soziale Strukturen, verschiedenste Projekte, Sicherheit, Wirtschaft, Tourismus, Infrastruktur und auch für die Umwelt sei viel gemacht worden. Im Allgemeinen seien auch die Kommunen durch Förderprogramme gestärkt worden, was im Wesentlichen eine Initiative von Hans Joachim Grote gewesen sei. Die SPD habe sich diesem sehr gerne angeschlossen. Es seien auch freiwillige Leistungen ausgebaut und Schulden abgebaut worden. Die Verwaltung sei modernisiert worden. All dies habe den Kreishaushalt nicht un-

beschadet gelassen. 2012 sei die allgemeinen Rücklage bei zwölf Mio. € gewesen und es habe keine Sonder- oder Ergebnissrücklage gegeben. Heute gebe es eine Ergebnissrücklage in Höhe von 24 Mio. € und der Kreis stünde bei der allgemeinen Rücklage bei 74 Mio. €. Vorgetragene Jahresfehlbeträge gebe es nun nicht mehr. Aktuell betrage das Eigenkapital 120 Mio €. Die Bilanzsumme betrage 355 Mio €, was eine Eigenkapitalquote von rund 34 % ausmache. Diese habe 2012 bei 2,8 % gelegen. Es sei somit ein gutes Polster vorhanden. Aus der Aktivseite sei ein gutes Vermögen geschaffen. Dies sei natürlich kein Grund sich auszuruhen. Es müsse geschaut werden wie in die kommende Zeit mit Sinn und Verstand hineingesteuert werde. Die Zahlen seien das Ergebnis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Wer daran zweifle, solle sich anschauen, was in den letzten zehn Jahren erreicht worden sei. Der Kreis Segeberg sei gut aufgestellt für eine finanziell herausfordernde Zeit. Er dankt der Verwaltung und insbesondere Frau McGregor

Herr Hansen ergänzt, dass der Haushalt natürlich genehmigungspflichtig sei und es die Situation lange nicht gegeben habe. Es kämen nun andere Zeiten. Am Beispiel der Schule am Kastanienweg wolle die CDU deutlich machen, dass die Verwaltung nicht gut gearbeitet habe. Das Gegenteil sei jedoch der Fall. Es sei eine Gradwanderung, dass der Kreis mit Jugendhilfemaßnahmen versuche zu retten, obwohl dies Sache des Landes sei. Er sei überrascht, dass es hier um Handlungen von Verwaltungsleitungen gehe. Es gehe hier darum, den Haushalt zu bewerten und zu schauen, ob dieser so gehe. Die Schulden seien für Investitionen in die Zukunft. Wenn sich die Aula angeschaut werde, dann sehe man, dass ein Investment getätigt worden sei, das multifunktional sei. Sie habe einen Mehrwert, der generationsübergreifend und in die Zukunft gerichtet sei. So werde es bei allen Investitionen gemacht, die natürlich den Haushalt belasten. Die leichten Personalzuwächse seien im Vergleich der Kreise sehr moderat. Mit der Kreisumlage sei sehr gut umgegangen und es bestehe eine Solidargemeinschaft der Ämter und Kommunen im Kreis Segeberg. Es seien wichtige Maßnahmen, die freiwillig seien, aber einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge und Lebensqualität leisten würden. Viele Maßnahmen, die freiwillig seien, seien gleichwohl unverzichtbar. Die Dekarbonisierung des Kreises sei wichtig. Da wo die Politik Einfluss habe, sei er dankbar, dass Maßnahmen im Konsens von fast allen Fraktionen beschlossen würden. Dass die Haushaltsvorberatungen im Hauptausschuss nur 1,5 Stunden gedauert hätten, liege an der hervorragenden Verwaltung, die gut beraten habe. Die Verwaltung habe es hervorragend gemacht, aber trotzdem gebe es nach wie vor Fachkräftemangel in vielen Bereichen. Hier gebe es verschiedene Initiativen vom Kreis, die sehr wichtig seien, damit neue Fachkräfte in den Kreis kommen würden und Fachkräfte gehalten würden. Irgendwann gebe es wieder schwarze Zahlen im Haushalt. Der Kreis sei auf dem richtigen Weg und Investitionen in die Zukunft sollten getätigt werden.

Herr Flak erklärt, dass das Ende eines ereignisreichen Jahres in der Kommunalpolitik erreicht sei. Er dankt für den konstruktiven Umgang und für die allgemein ganz gute Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gelte der gesamten Verwaltung und insbesondere der Gremienbetreuung, den Fachbereichsleitungen und Frau McGregor. Das Jahr sei geprägt gewesen mit Ereignissen, die einen unmittelbaren Bezug zum Kreistag hätten, aber auch von solchen, die externer Natur gewesen seien und ihren Schatten schon auf die Folgejahre werfen würden. Zum einen sei dies die hohe Inflation. Die Migrationskrise bleibe ein Dauerthema im Bereich der Pflichtaufgaben, aber auch in allen Bereichen der Bürger\*innen. Wohnraum sei knapp und teuer und durch den weiteren Migrationsdruck steige die Nachfrage stetig. All das habe Auswirkungen auf den Haushalt mit minus 18,5 Mio €. Im Jahr 2025 werde das Defizit 15,3 Mio € und im Jahr 2026 und 2027 perspektivisch 5,5 Mio € bis 6 Mio € betragen. Alle Warnlampen müssten angesichts dieses Ergebnisses leuchten.

Gleichzeitig werde der Schuldenbetrag von rund 94 Mio € auf knapp eine Viertel Milliarde Euro im Jahr 2027 ansteigen. Die Investitionen seien aber notwendig, da in der Vergangenheit im Bereich der eigenen Liegenschaften des Kreises gespart worden sei. Es werde ein Teil der Verwaltung neu gebaut, die Kreisfeuerwehrezentrale befinde sich mitten in den Planungen und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge werde damit ein aktueller Stand erreicht. Weitere Investitionen in die Schulen seien wichtig, um eine Grundvoraussetzung für moderne und gute Bildung zu schaffen. Der AfD-Fraktion sei wichtig, dass bei Maßnahmen der energetischen Sanierung und allen Maßnahmen, die die erneuerbaren Energien betreffen immer geschaut werde, ob diese auch wirtschaftlich seien. Es sei unter Finanzierungsvorbehalt beschlossen worden, dass die Förderung der Elektroladestruktur beibehalten werde. Dies sei eine nicht wettbewerbsfähige und ohne staatliche Zuschüsse nicht marktfähige Technologie. Irgendwo müsse angefangen werden zu sparen und es sei nicht das erste und einzige Jahr, in dem diese Summe ausgegeben werde. Dazu würden z.B. 14.000 € für Migrationsberatung gehören. Weitere ideologische Projekten kämen dazu, die über den Stellenplan den kommenden Haushalt belasten würden. Statt einer weiteren Stelle in der Ausländerbehörde, sollten abschiebeunterstützende Maßnahmen gefördert werden. Den Stellenplan lehne die AfD-Fraktion ab, da nicht genug Sparversuche unternommen worden seien.

Herr Scheunert erklärt, dass der Kreis einen guten Haushalt habe. Für alle Bürger\*innen werde das Notwendige geboten. Dies sei eine Leistung, die im Wesentlichen von der Haushaltsabteilung erreicht worden sei. Er bedankt sich bei Frau McGregor und allen weiteren, die am Haushalt mitgewirkt haben. Er unterstütze den Haushalt und den Stellenplan. Außerdem sei ihm aufgefallen, dass es in den Haushaltsvorberatungen immer wieder um die Frage gehe, wieso nicht über Digitalisierung gesprochen werde. Auf dieses Thema werde er in Zukunft großen Wert legen. Der Haushalt sei genehmigungsfähig und genehmigungspflichtig und er könne mit Auflagen von Land zurückkommen. Er hoffe, dass diese Auflagen nicht so hoch seien, dass der Kreis über die Disposition seiner Auslagen enthoben werde.

Herr Schuchardt erklärt, dass der Kreis Segeberg vor großen Herausforderungen stehe und die Zeiten, in denen die Verbindlichkeiten sinken konnten, seien vorbei. 2027 werde mit Verbindlichkeiten aus Krediten in Höhe von 247,5 Mio € gerechnet. Dies seien pro Einwohner 867 € bei stark gestiegenen Zinsen, was Zinsaufwendungen in Millionenhöhe zur Folge habe. Diese und die erforderliche Tilgung werde den Gestaltungsspielraum des Kreises stark einschränken. Die Neufassung des Klimaschutzkonzeptes sei beschlossen worden. In diesem Zusammenhang werde viel davon gesprochen, dass bisher und heute noch ein Leben auf Kosten der nachfolgenden Generationen geführt werde, in dem die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen übermäßig ausgebeutet werden. Die Erkenntnis, dass dies so nicht weitergehe, sei richtig. Aber auch durch hohe Schulden, die der Gemeinschaft aufgebürdet würden, würde die Zukunft der Kinder belastet werden. Der Kreis könne seine Ausgaben nur zu 0,01 % aus eigenen Steuereinnahmen decken. Die Haushaltsprobleme des Bundes und des Landes würden daher auch Auswirkungen auf die Kreisfinanzen haben und die Finanzkraft der Gemeinden werde leiden. Bei dieser Sachlage sei nicht alles politisch Gewünschte machbar. Der Kreis ziehe sich aufgrund der hohen Kosten eines Schulneubaus und der laufenden Kosten aus der Schulträgerschaft zurück. Die Zuwendung an die Sozialkaufhäuser solle es den Einrichtungen ermöglichen, sich neu aufzustellen. Die Anforderungen an eine moderne Kreisverwaltung seien gewachsen. Nur eine moderne und leistungsfähige Kreisverwaltung könne ihre Aufgaben sachgerecht erfüllen. Die Freien Wähler würden die Kreisverwaltung unterstützen, indem sie die erforderlichen Personal- und Sachmittel bereitstellen. Eine Verstärkung der Waffenkontrollen sei dringend geboten und

auch die personelle Verstärkung der Ausländerbehörde sei dringend geboten. Er hoffe, dass die Verwaltung diese Stellen schnell besetzen könne, um die gewünschten Effekte zu erzielen. Zusammengefasst wolle er eine starke, leistungsfähige und krisenfeste Kreisverwaltung. Die Freien Wähler würden daher alle erfolgversprechenden Bestrebungen zur Modernisierung und Optimierung unterstützen. Sie danken der Verwaltung für den Haushaltsentwurf und stimmen diesem zu.

**zu 27.1 Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in den Fachbereichen L, I, II und IV im Haushaltsjahr 2022**  
**Vorlage: DrS/2023/184**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt:

Die im Haushaltsjahr 2022 in den Teilbudgets L (Landrat), I (Zentrale Steuerung), II (Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz) und IV (Umwelt, Planen, Bauen) entstandenen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen über 4.374.098,94 EUR werden gem. § 57 Kreisordnung i.V. mit § 82 Gemeindeordnung genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 27.2 Jahresabschluss 2022 des Kreises Segeberg**  
**Vorlage: DrS/2023/175**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschluss:**

- a) Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2022 des Kreises Segeberg wird zur Kenntnis genommen.
- b) Der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2022 mit der am 31.03.2023 aufgestellten Abschlussbilanz des Kreises Segeberg zum 31.12.2022 mit einer Bilanzsumme von 307.185.155,75 EUR sowie einem Eigenkapital in Höhe von

98.727.640,91 EUR sowie den Lagebericht.

c) Der Kreistag beschließt folgende Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 7.923.529,34 EUR:

Zuführung zur Allgemeine Rücklage 2.818.493,82 EUR  
Zuführung zur Ergebnizrücklage 5.105.035,52 EUR

Daraus ergeben sich folgende neuen Rücklagenbestände:

Allgemeine Rücklage 74.231.308,95 EUR  
Ergebnizrücklage 24.496.331,96 EUR

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

### **zu 27.3 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: DrS/2023/250**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2023 in der beigefügten Fassung (**Anlage 1**).

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD	7			<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>			<b>57</b>

**zu 27.4 Aufteilung des Eigenkapitals 2022 des Kreises Segeberg auf allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage gemäß § 60 Abs. 3 GemHVO SH mit Wirkung zum 01.01.2024**

Gestrichen

**zu 27.5 Stellenplan für den Haushalt 2024 inkl. Stellenmehrbedarf  
Vorlage: DrS/2023/243**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt den Stellenplan 2024 inklusive der in der **Anlage 2** angefügten tabellarischen Übersicht enthaltenen Stellenmehrbedarfe 2024.

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Personaleinzel- und Personalentwicklungsmaßnahmen im Rahmen des vom Kreistag zur Verfügung gestellten Personalkostenansatzes in Höhe von 73.007.400 € ohne die Berücksichtigung eines Personalkostendeckels umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD		7		<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>7</b>		<b>57</b>

**zu 27.6 Ergebnis- und Finanzplan**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD		7		<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>7</b>		<b>57</b>

### **zu 27.7 Haushaltssatzung 2024**

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	25			<b>25</b>
SPD	9			<b>9</b>
B 90/ Die Grünen	8			<b>8</b>
AfD		7		<b>7</b>
FDP	5			<b>5</b>
Freie Wähler	3			<b>3</b>
Fraktionslose Mitglieder				-
<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>7</b>		<b>57</b>

### **zu 28 Aktuelle Fragezeit**

Herr Flak erkundigt sich, wie viele Zuhörer es beim Livestream gegeben habe.  
Herr Landrat Schröder erklärt, dass die Zahl nachgereicht werde.

#### Ergänzung der Verwaltung:

*Die Zuhörerzahlen des Live-Streams werden nicht getracked.*

### **zu 29 Einwohnerfragestunde II**

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

**zu 34 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse**

**TOP 30 Bestellung eines Prüfers  
Vorlage: DrS/2023/247**

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt:  
Der Prüfer für das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt wird bestellt.

**TOP 31 Abschluss eines Rahmenvertrags über die Lieferung von digitalen Schultafeln an drei Förderzentren im Kreis Segeberg  
Vorlage: DrS/2023/246**

**Beschluss:**

Der Abschluss eines Rahmenvertrages über die Lieferung von digitalen Schultafeln an drei Förderzentren im Kreis Segeberg wird beschlossen.

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Jörg Buthmann  
(Kreispräsident)

f.d.R. Frau Grunow  
(Protokollführung)